

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Feige, Ingrid Köppe, Gerd Poppe, Christina Schenk, Werner Schulz (Berlin), Dr. Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß (Berlin), Vera Wollenberger und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **zur Erklärung der Bundesregierung**

#### **Extremismus und zunehmende Gewaltbereitschaft in Deutschland**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag befürwortet die Errichtung einer Mahn- und Gedenktafel für die Opfer politischer, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten in der Bundesrepublik Deutschland seit 1990 für den Eingangsbereich des Plenargebäudes. In dieser sind die Namen der Opfer zu dokumentieren.

Der Deutsche Bundestag bittet die Präsidentin des Deutschen Bundestages unter Beteiligung aller Fraktionen und Gruppen des Deutschen Bundestages, bis zum 31. März 1993 eine Konzeption für diese Mahn- und Gedenktafel zu erstellen und diese dem Deutschen Bundestag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Im Haushalt des Deutschen Bundestages für 1993 werden die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt.

Bonn, den 9. Dezember 1992

**Dr. Klaus-Dieter Feige**  
**Ingrid Köppe**  
**Gerd Poppe**  
**Christina Schenk**  
**Dr. Wolfgang Ullmann**  
**Konrad Weiß (Berlin)**  
**Vera Wollenberger**  
**Werner Schulz (Berlin) und Gruppe**

**Begründung**

Es ist eine Zeit der Trauer und der Scham. Nie ist im Deutschland der Nachkriegszeit Haß und Menschenverachtung deutlicher zum Ausbruch gekommen als in diesen Tagen. Rassistisch, politisch und antisemitisch motivierte Gewalt forderte 1992 bereits mindestens 17 Todesopfer. Dies ist die höchste Zahl seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Tausende von Menschen wurden seit 1990 Opfer von Brand- und Sprengstoffanschlägen, Körperverletzungen und anderer schwerer fremdenfeindlicher Gewalttaten oder Gewalttaten gegen den politischen Gegner. Mehr als je zuvor in der Geschichte unserer Republik leben heute Deutsche und Ausländer in Angst und Schrecken vor rassistisch und politisch motivierten Gewalttätern. In erster Linie sind Ausländer, Flüchtlinge und Fremde die Opfer brutaler rechtsextremistischer und ausländerfeindlicher Verbrechen. Die Gewalt richtet sich aber auch gegen jüdische Bürger und Einrichtungen, Alte, Behinderte, Obdachlose und politisch Andersdenkende. Die Würde des Menschen ist antastbar geworden in unserem Land.

Nach der Wiedervereinigung sind wir verpflichtet, alles zu tun, damit politische und ideologische Verblendung nie wieder gewaltsam Mauern zwischen den Menschen, gleich welcher Nationalität, welcher Hautfarbe, welchen Geschlechts, welcher Religion, welcher Herkunft auch immer, errichtet. Nie wieder dürfen Humanität und Toleranz in unserem Land extremistischen Verbrechen zum Opfer fallen.

Mit der Mahn- und Gedenktafel im Eingangsbereich des Plenargebäudes soll der Opfer gedacht werden. Die Repräsentanten des Volkes soll es gemahnen, in ihrem Reden und Tun gemeinsam und entschlossen für die Würde des Menschen, für Deutsche, für Fremde einzustehen.